

049. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 26.01.2012

**REDE von MdL Rico Gebhardt zum Antrag der Fraktion SPD in Drs 5/7942
"Demonstration gegen Rechtsextremismus und für Demokratie in Dresden im Umfeld
des 13. Februar 2012" in gemeinsamer Behandlung mit Antrag der Fraktion GRÜNE in
Drs 5/7946 "Zivilgesellschaftlichen Protest gegen Naziaufmärsche in Dresden um den
13. Februar 2012 unterstützen"**

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Präsident!
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Noch immer tun wir uns als Demokraten hier im Sächsischen Landtag schwer, eine gemeinsame Sprache zu finden, wenn es um Positionen gegen Rechtsextremismus, Neofaschismus oder simpel gegen geplante Aufmärsche von alten und neuen Nazis geht. Dies kann man im besonderen immer im Januar/Februar eines jeden Jahres beobachten.

Die Fragen lauten: Finden die Demokraten eine gemeinsame Sprache? Oder bleibt - wie in den letzten Jahren - der Eindruck in der Öffentlichkeit, dass es unter den demokratischen Fraktionen nicht möglich ist, ein gemeinsames Agieren zu vereinbaren?

Ich denke, die Voraussetzungen sind in diesem Jahr so gut, wie seit langem nicht oder eigentlich ist die Situation so gut wie nie.
Endlich wurde in der Stadt Dresden die Sprachlosigkeit überwunden und es gab einen Runden Tisch mit einem Moderator, vor dem ich großen Respekt habe, was er in den letzten Monaten geleistet hat.

Ich vermute, dass für Herrn Frank Richter, die Moderation eine sehr bleibende Erfahrung war. Er konnte feststellen wie breit die Erwartungshaltungen, die Positionen, die Überlegungen zu möglichen Gegenaktionen sind. Dabei waren noch nicht mal alle relevanten Gruppen TeilnehmerInnen an den Gesprächsrunden.
Ich meine insbesondere das Aktionsbündnis „Dresden Nazi-frei“.
Hier sind also noch Reserven.

Und weil ich gerade von Herrn Richter spreche, möchte ich ihn auch noch zitieren.
So schreibt er in der Halbjahresbroschüre 2012 der Landeszentrale für politische Bildung:
(Zitat): „In Sachsen wird zu wenig gestritten“ (Zitat Ende) und er äußert sich sinngemäß weiter:
Ich kann mir nicht vorstellen, wie in einer pluralistischen Gesellschaft und in einem demokratischen Staat ohne vernünftiges Streiten eine Motivierung und Befähigung zur aktiven Teilnahme am politischen System erreicht werden kann.

Recht hat der Mann!

Unser Problem ist: wir sind nicht fähig und in der Lage, über unsere eigene Parteilinie hinaus, eine so streitbare Kommunikation zu führen, dass es möglich ist, gerade in einer so immens wichtigen Frage wie der des **gemeinsamen** Agieren gegen Aufmärsche von Rechtsextremisten und Neofaschisten, **gemeinsame** Lösungsansätze zu finden.

Deswegen, Herr Innenminister, ist Ihre Videobotschaft zum gemeinsamen Agieren gegen Rechtsextremismus missglückt. Sie grenzen einen Teil von Menschen, die Sie als Antifaschisten bezeichnen, aus.

Jedoch sind es gerade diese Gruppe von Menschen, die seit vielen Jahren gegen Nazis Gesicht zeigten und oft alleine gelassen wurden.

Herr Innenminister, Sie haben in einem Interview versucht den Satz: „Antifaschismus ist nicht die richtige Antwort, sondern Demokratie“, zu erläutern.

Herr Minister, ich will mal versuchen zu erläutern warum ich so kritisch reagiert habe.

Wenn Sie gesagt hätten:

Allein Antifaschismus ist nicht die richtige Antwort, würde es zwar immer noch Menschen geben, die Sie dafür kritisieren, jedoch würde ich sagen: Ja, da hat der Minister nicht unrecht.

Weil natürlich ist mir klar: Antifaschisten sind nicht die besseren Menschen!

Jedoch, sind Antifaschisten Demokraten. Wir dürfen hier nicht eine Trennung zulassen. Genau damit hatten wir in den letzten Jahren die immensen Probleme: Weil dadurch wird der Konsens der Demokraten gegen Nazis gefährdet.

Uns sollte doch die Verteidigung der demokratischen Kultur einen, ganz unabhängig davon, ob dies aus

- antifaschistischer,
- wertkonservativer,
- christlicher oder anderer Motivation heraus erfolgt.

Selbstverständlich ist das Demonstrationsrecht ein ungemein hohes, schützenswertes demokratisches Gut, das auch ausdrücklich für Positionen jenseits des Mainstream und für abweichende Minderheitsvoten gelten muss. Bis hierher haben wir wahrscheinlich keinen Dissens.

Ich glaube, bei Aufmärschen und Aktionen des selbsternannten „Nationalen Widerstandes“ handelt es sich aber **eben nicht** um eine abweichende politische Position. Die Bestrebungen dieser Gruppierungen zielen geradezu auf die Abschaffung von Verfassung und Demokratie, und das bedeutet - auch auf die Abschaffung des Demonstrationsrechtes!

Der Pfarrer Michael Kleim aus Gera schreibt nach dem 19. Februar 2011 hier in Dresden: (Zitat): „Einen besonderen Schutz des Grundgesetzes für Verfassungs- und Demokratiefeindlichkeit kann ich nicht erkennen, wohl aber das Recht der Zivilgesellschaft auf gewaltfreien Widerstand gegen solche Bestrebungen.“ (Zitat Ende)

Deswegen um einem immer wieder aufkommenden Missverständnis aufzuräumen, auch wenn ich es oft genug schon gesagt habe:

Es gibt absolut keinen Grund, die Gewaltvorfälle im Rahmen der Blockadeaktionen am 19. Februar 2011 zu relativieren.

Der Konsens es wird friedlich blockiert, wurde von einer Minderheit der Gegendemonstranten gebrochen.

Brennende Barrikaden, Autos und Gebäude sind keine antifaschistische Tat; dahinter steckt kriminelle Energie.

Deshalb habe ich mich auch mehrfach und eindeutig davon distanziert.

Deswegen muss die Polizei, die Staatsanwaltschaft und Gerichte hier handeln und reagieren.

Jedoch ist es völlig unverhältnismäßig, wenn tausende Gegendemonstranten unter einem Generalverdacht gestellt werden und deswegen hundertausende Handydaten gesammelt und ausgewertet werden.

Es ist völlig unverhältnismäßig, wenn in spektakulärer Rambo-Aktion ein Haus gestürmt wird, dabei eine Rechtsanwaltskanzlei, Büroräume der LINKEN und weiterer Vereine sowie eine Privatwohnung gestürmt werden, um angebliche Rädelsführer der Krawalle dingfest zu machen.

Ich lasse mir aber auch den Erfolg des zivilen Protestes gegen den Nazi-Aufmarsch nicht zerreden. 20 000 Menschen, die sich mit Mahnwachen, Demonstrationen und friedlichen Blockaden den erklärten Verfassungsfeinden entgegengestellt haben, sind ein unübersehbares demokratisches Votum, das endlich auch von der Staatsregierung, der Koalition und letztendlich auch von der Staatsanwaltschaft in Dresden anerkannt und ernst genommen werden sollte.

Leider wurde gestern wieder ein Versammlungsgesetz in Sachsen beschlossen, das der Zivilgesellschaft nicht gerecht wird. Es wurde wieder die Möglichkeit verspielt, endlich ein modernes Versammlungsgesetz der aktuellen Rechtssprache und Rechtsprechung anzupassen.

Leider – hier komme ich auf den Anfang meiner Ausführungen zurück – hat die Staatsregierung und insbesondere sie, Herr Innenminister, es versäumt, ihren Dialog über den Umgang mit rechtsextremistischen Aufmärschen fortzusetzen.

Der Versuch, den Sie unternommen haben, war gut, richtig und notwendig, wenn auch nicht ausreichend und leider – war es nur eine heiße Luftnummer, weil es keine Fortsetzung gegeben hat – nicht in großer Runde, aber auch nicht in kleinen Diskussions- und Gesprächskreisen.

Und diese Gespräche können nur erfolgreich werden, wenn sie alle relevanten Kräfte, die gegen die extreme Rechte was unternehmen, mit an einen Tisch holen.

Auch heute will ich es noch einmal wiederholen:

Nicht die Polizei, als ausführendes Organ, darf die Zielscheibe sein für das Versagen der Politik, der Verwaltung und der Justiz.

Die unübersichtliche Situation in Dresden am 19. Februar 2011 war auch der irren Annahme geschuldet, man könne eine Stadt wie Dresden in zwei Sektoren einteilen – getrennt durch die Elbe: Auf der einen Seite die Nazis und auf der anderen Seite die Gegendemonstrationen.

Verwaltung und Gerichte haben hier etwas konstruiert, was in keinem Versammlungs- oder anderem Gesetz steht: das immer wieder betonte Trennungsgebot.

Hier war die Polizei 2011 einfach überfordert, so eine Trennungsgebot durch- und umzusetzen.

2010 waren es auch zehntausende Demonstranten, die mit friedlichen Blockaden verhindert haben, dass der „Nationale Widerstand“ in Dresden wie in den Jahren davor seinen europaweit größten Aufmarsch durchführen konnte.

Allen muss klar sein: Unser politisches Handeln, unser Reden, unsere Beschlüsse haben direkt, aber auch indirekt Auswirkung auf das Handeln von Polizeiführern oder einzelnen Polizeibeamten.

Zusammenfassend will ich noch mal festhalten:

Der Februar 2012 in Dresden gibt Anlass zur Hoffnung, dass die Überwindung der Sprachlosigkeit der Demokraten in Ansätzen ein gemeinsames abgestimmtes Handeln und Agieren gegen geplante Aufmärsche der Neonazis möglich macht.

Es bleibt noch ein langer Weg, um eine gemeinsame Akzeptanz des Anderen um und durchzusetzen.

Schwarz-weiß Schemas helfen uns nicht weiter, weil es keine guten oder schlechten Demokraten gibt.

Lassen Sie uns gemeinsam nach den erfolgreichen Protesten und dem Verhindern der Naziaufmärsche über eine neue, ein zeitgemäßes Erinnern, aber auch Mahnen im Zusammenhang mit der Bombardierung von Dresden und anderer Städte in Sachsen nachdenken **und** wir sollten nie vergessen:

Was die Ursache der Bombardierung war und was Krieg anrichtet.